

VOKSBLATT

Herausgegeben von der
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
für die Provinz Sachsen

Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen aufgelöst:

Bauernvertretung auf demokratischer Grundlage

Verordnung über den Übergang der Landwirtschaftskammer auf die Provinzialverwaltung

Der Präsident der Provinz Sachsen ordnet an:
§ 1. Die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen wird im Verfolg der Strukturwandlung der Landwirtschaft der Provinz Sachsen aufgelöst.
Die Neubildung einer Vertretung der Bauernschaft auf demokratischer Basis bleibt einer späteren Regelung vorbehalten.
Der Verwaltungsapparat der bisherigen Landwirtschaftskammer geht mit allen seinen Einrichtungen auf die Provinzialverwaltung und ihre sachgeordneten Dienststellen über.
§ 2. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter werden von der Provinzialverwaltung übernommen, sofern ihre Übernahme aus politischen Gründen und sechlichen Erwägungen gerechtfertigt ist.
§ 3. Das gesamte Eigentum und die gesamten Vermögensrechte der Landwirtschaftskammer und des früheren Rechnungstrandes

mit allen Sachen, Rechten und Beteiligungen geht auf die Provinz über. Die Provinzialverwaltung behält sich die Nachprüfung über den Eintritt in die von der Kammer abgeschlossenen Verträge und die Übernahme sonstiger Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften der Kammer vor. Eine Haftung aus Rechtshandlungen von Angehörigen der Kammer übernimmt die Provinzialverwaltung nicht.
§ 4. Die Provinzialverwaltung übernimmt die Schuldverpflichtungen der Kammer gegenüber der Genossenschaftsbank GmbH Halle aus dem ihr gewährten Kredit von insgesamt drei Millionen Reichsmark und gegenüber der Provinz Sachsen aus einem weiteren Kredit von 1.650.000 RM bis zur Höhe der tatsächlich von diesen Darlehen in Anspruch genommenen Summen.
Sie ist berechtigt, die Kammerbeiträge für das laufende Jahr als Zuschüsse für die Provinzialverwaltung zur Bestreitung der mit der Übernahme entstehenden Aufwendungen weiter zu erheben.

§ 5. Bis zu der Schaffung einer neuen berufsständischen Vertretung werden landwirtschaftliche Fachbeiräte bei der Provinzialverwaltung und den Landräten eingerichtet, die sich aus anerkannten Persönlichkeiten der Wissenschaft und Praxis zusammensetzen.
Sie haben die Dienststellen der Provinzialverwaltung fachkundig zu beraten und sind in allen wichtigen Fragen zu hören.
Der Fachbeirat bei der Provinzialverwaltung wird vom Präsidenten ernannt. Die Fachbeiräte bei den Kreisverwaltungen werden von den Landräten mit vorheriger Zustimmung der Bezirkspräsidenten berufen.
§ 6. Die Durchführung und Ergänzung dieser Bestimmungen erfolgt durch Verwaltungsanweisungen der Provinzialverwaltung.

Halle, den 5. Oktober 1945
Der Präsident der Provinz Sachsen
gez.: Dr. Hübener
Der 1. Vizepräsident
gez.: Stewert

Der Demokrat im Keller

O. K. Halle, den 12. Oktober.
Dummheit ist eine Gabe Gottes, man darf sie nur nicht mißbrauchen. Sie kann lästig wirken, dann klärt man den Verzapfer ungelimter Ungeheuerlichkeiten auf. Wirkt sie aber gefährlich, faschistisch, dann muß die klare Vernunft dazwischenfahren oder die Staatsgewalt. Es sind nur wenige dieser politischen Hanswurstleute noch zu verspüren, man hört sie gelegentlich eine gewisse Bemerkung machen und sieht, wie sie die Augen nach Opfern kreisen lassen, die darauf zustimmend reagieren, dann freut man sich, wenn die Antwort den Giftspritzer in die Flucht schlägt.
Denn das deutsche Volk in seiner über großen Mehrheit ist antifaschistisch und drastisch in seiner Antwort. Wer guten Willens ist und klaren Kopfes, braucht sich nur umzuschauen. Da, zwischen Geröll und Aufbau, liegt die Antwort auf die Tiraden blöder Schwätzer und nazistischer Heuchler und Hetzer. Dort schallt es heraus: In dieses Trümmerfeld hinein habt ihr uns geführt, ihr Nazis. Dank der Gnade der Siegermächte dürfen wir uns trotz der Heimtücke, die im Ueberfall auf die anderen Völker lag, wieder erholen. Wir dürfen ein neues, demokratisches Deutschland errichten unter der heiligen Verpflichtung ehrlicher Erfüllung der uns auferlegten Bedingungen.
Nicht unter dem Druck von Paragraphen und Bestimmungen, sondern ehrlichen Herzens. Nicht barfuß und im Büßersand, wie während Heinrich in Canossa, sondern mit schwerlicher Faust in Sühne und Wiederaufbau. Mit dem offenen Bekenntnis der Alleinschuld Hitler-Deutschlands am Ausbruch des verheerendsten aller Kriege und der Gemeinschaft aller Deutschen für die Wiedergutmachung der zugefügten schweren Leiden. Wir haben daher herzhaf zu arbeiten. Hetzer und Schwätzer, offene und getarnte Faschisten werden wir zum Teufel schicken, wohin sie gehören.
Ja, auch diese Verpflichtung haben wir auf unsern Eid genommen und werden nicht ruhen und rasten, bis wir den letzten Faschisten in seinem Versteck entdeckt und zur Verantwortung gezogen haben. Wir werden sie schon zur Raison bringen!
Aus heiligem Grimm heraus und aus zwingender Notwendigkeit. Denn von ihrer Beseitigung und Ausmerzung ihrer verderblichen Ideologien aus den Köpfen Angehöriger hängt es ab, ob das deutsche Volk früher schon oder erst viel später zu seinem ehrlichen, reinen Namen kommt. Erst unter Erfüllung dieser Vorbedingung ist es möglich, Deutschland wieder als gleichberechtigtes Mitglied im Rate der Völker aufzunehmen.
Die Erfüllung aller dieser Verpflichtungen ist dem demokratisch gesinnten Volksgenossen in Fleisch und Blut übergegangen. Das ist von den Besatzungsmächten auch anerkannt worden, und der Lohn als erste Abschlagszahlung auf spätere Gleichberechtigung war die Gewährung der demokratischen Selbstverwaltung. Von unten herauf, bis zu den Landes- und Provinzialregierungen. Getragen von freien Gewerkschaften und antifaschistischen demokratischen Parteien.
Wir sollen zeigen, was wir können, und wir haben es schon gezeigt. Junkerland wird Bauernland und in der Industrie geht es wieder vorwärts, trotz Beseitigung der nazistischen Betriebsführung. Die Zivilverwaltung ist in Ordnung und die Bevölkerung kann beruhigt in den Winter gehen, als sie es im ersten Schrecken des Zusammenbruchs befürchtet hatte.
Aus eigenem Augenschein können wir nur die russische Besatzungszone beobachten. Und da sehen wir zu unserer Freude sich die ersten Wege anbahnen aus Hitlers Sumpf und Chaos heraus zu lichter Zukunft. Weil wir die Befreiung aus den Klauen des verbrecherischen Nazismus verwendet haben zu löblichem Tun im Interesse des gesunden Volkes.
Was aber machen bei solcher langsam aber sicher fortschreitenden mühseligen Aufarbeitung die Nazisten? An die Erwachsenen mit Hammer und Kelle in der

Sie wollen nicht verschwinden

Fälschung und Verletzung der Besatzungspolitik

Moskau (SNB). Der amerikanische Senator Kilgore lehnt die Aufmerksamkeit der öffentlichen Weltmeinung auf die Frage, wie in den einzelnen deutschen Besatzungszone die Beschlüsse der Berliner Dreimächte-Konferenz über die Vernichtung des deutschen Nazismus und Militarismus durchgeführt wurden. Kilgore ist Vorsitzender des Unterausschusses des Senats, der die deutschen Kriegsverbrechen studiert. Der Unterausschuß veröffentlichte weitgehende Angaben über den Zustand der wehrwirtschaftlichen Hilfsquellen Deutschlands, über die deutschen Kriegserüstungen nach der Niederlage von 1918.
Über das wirtschaftliche Hindringen Deutschlands in die verschiedenen europäischen Länder während und nach dem letzten Krieg und über ähnliche Fragen.
Das Material gibt Anlaß, über die Tätigkeit einiger Vertreter der amerikanischen Militärregierung in Deutschland besorgt zu sein. Besonders erregt ist Kilgore über die Tatsache, daß einige amerikanische Militärs in direktem Gegensatz zu den Berliner Beschlüssen und den Anweisungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Wiederherstellung der IG-Farben-Industrie beantragt. Dieser riesige deutsche Chemiekonzern bildet nach dem Geist und dem Wortlaut der Berliner Beschlüsse zusammen mit anderen deutschen Großfirmen den Kern der deutschen Rüstungsproduktion und muß daher liquidiert werden.
Die Führer der drei Mächte sind auf der Berliner Konferenz einmütig zu dem Schluß gekommen, daß das deutsche Kriegspotential vernichtet werden muß, da es eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit darstellt. Anlässlich der Berliner Beschlüsse erinnerte die Weltpresse an die Fehler, die nach dem ersten Weltkrieg von den Siegerstaaten begangen wurden und äußerte ihre Befriedigung darüber, daß diese Fehler diesmal vermieden wurden, daß dem deutschen Imperialismus die Möglichkeit genommen wird, eine neue Auferstehung zu feiern.
Die wichtigsten Beschlüsse genügen jedoch nicht, sie müssen auch durchgeführt werden. Wie Senator Kilgore, der Rundfunkkommentator Steel und andere Politiker und Kommentatoren feststellen, gibt es bei den amerikanischen Besatzungsbehörden Leute, die sich die Freiheit nehmen, Beschlüsse der internationalen Konferenzen auf ihre Weise zu interpretieren. Anstatt das deutsche Rüstungspotential zu vernichten, setzen sie alle Hebel in Bewegung, um es zu wahren; anstatt die deutschen Konzerne zu liquidieren, hauchen sie ihnen neues Leben ein; anstatt den Nazis jeden Einfluß zu nehmen, lassen sie sie weiter an der Macht. General Patton, der es ablehnte, in Bayern die Politik der Entnazifizierung durchzuführen, und dem deshalb von Eisenhower das Kommando entzogen wurde, ist jedenfalls nicht der einzige Schirmherr der Nazis unter den letzten amerikanischen Beamten. Der Rund-

funkmentator Steel teilt beispielsweise mit, daß General Clyde dem Staatsdepartement des Finanzministeriums der Vereinigten Staaten erklärt hat, er sei keineswegs gesonnen, die vorgesehene Besatzungspolitik durchzuführen.
In der amerikanischen Presse nennt man auch noch andere Schirmherren des deutschen Monopolkapitals, so den General Stockton, der unmittelbar vor dem Einmarsch der Sowjettruppen in Thüringen dem bürgerlichen Nazi-Industrialen Westrick behilflich war, die Ausrüstung zweier Fabriken der Firma Lorenz abzurufen und von Mühlhausen nach Nürnberg zu schaffen. Das in Amerika erscheinende „Germany-to-Day“ teilt mit, daß der Nazi-Westrick, der 1940 aus den Vereinigten Staaten des Landes vertrieben wurde, sich gegenwärtig in Deutschland aufhält und in der englischen und amerikanischen Besatzungszone eine aktive Tätigkeit entfaltet. Westrick war Vertreter der Ford-Werke in Köln und Mitglied des Verwaltungsrates der amerikanischen Internationalen Telefon- und Telegraphen-Company, der Chef und fest alleiniger Inhaber der Firma Lorenz, des Hauptlieferanten der Focke-Wulf-Werke. „Germany-to-Day“ weist darauf hin, daß der bereits erwähnte

General Stockton und zwei weitere amerikanische Generale dem Verwaltungsrat der Firma Lorenz angehören.

Keine deutschen Monopole

Moskau. (SNB) In den letzten Tagen verlangte eine Reihe Zeitungen in den verbündeten Ländern verstärkte Kontrolle der verschiedenen Machenschaften der deutschen Konzerne, deren Vertreter größte Anstrengungen machen, die Beschlüsse der Berliner Konferenz über die Liquidierung der deutschen Monopole zu umgehen.
Mit Recht haben amerikanische Korrespondenten den Versuch scharf kritisiert, den Chicagoer Konzern IG Farben wiedererstehen zu lassen, der vor dem Krieg mit amerikanischen und anderen Gesellschaften durch Kartellverträge verbunden war. Laut dem Beschluß der Berliner Konferenz ist die IG Farben zu liquidieren.
Die Machenschaften der deutschen Monopolkonzerngesellschaften werden ohne Zweifel durch den Umstand erleichtert, daß trotz der klaren Berliner Beschlüsse, unter dem Befehl General Eisenhowers in West- und Südwestdeutschland viele Nazis und Prohibitoren Wirtschaftler von führenden Posten immer noch nicht entfernt sind.
Es ist völlig offenkundig, daß Nachsicht in der Behandlung der Nazis in einer alliierten Besatzungszone lediglich ein Ansporn für die Nazis sein kann, die sich in den anderen Zonen noch verborgen halten.

Grotewohl im Westen

Konferenz der Sozialdemokratischen Partei in der britischen Zone

Hannover, 11. Oktober (SNB). Einer Reihe von Quellen entnehmen wir, daß in einem kleinen Ort bei Hannover eine Konferenz der Vertreter der Organisations- und der Sozialdemokratischen Partei in der englischen Besatzungszone Deutschlands stattfand. An der Konferenz nahmen auch die Vertreter der sozialdemokratischen Emigration in England teil.
Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Otto Grotewohl, sowie Dahrendorf und Fechner sind aus Berlin dort eingetroffen und sind gleichzeitig bei der Konferenz anwesend.
Auf der Konferenz hielt Dr. Schumacher eine Rede. An der Diskussion nahm eine Reihe von Konferenz-Delegierten teil.

Landesparteitag Sachsen

In Freital tagte von 6. bis 8. Oktober unter dem Vorsitz des Geheimesen Döllitzsch der 1. Parteitag des Bundeslandes Sachsen. Genosse Büchowitz behandelte das Thema „Die Sozialdemokratie im Neuaufbau Deutschlands“. An seine Erfahrungen heraus den Delegierten den Weg, der zu beschreiten ist.
Im zweiten Referat sprach Genosse A. n d über „Wirtschaftsprobleme der Jetztzeit“. Er schilderte in ungeschminkten Worten die

ausgeblickte Lage, wies auf die ungeheure Arbeit, die vor uns liegt, hin, zeigte aber auch den Weg, den die deutsche Wirtschaft zu beschreiten hat, um das Chaos, in dem wir uns zur Zeit befinden, zu meistern.
Genosse Zeigner, Oberbürgermeister von Leipzig, zeigte am markanten Beispielen, wie der Nationalsozialismus seinen Zweck, sprechend die Justiz vergrawalligt hat. Genosse Zeigner stellte die Forderung, daß auch im deutschen Justizapparat rückwärts alle Elemente entfernt werden, die irgendetwas dem Nationalsozialismus erliegen sind oder sich ihm freiwillig in die Arme geworfen haben.
Am zweiten Tag sprach Genosse Tempel über neue sozialpolitische Aufgaben. Seine Nachforschungen haben den Beweis erbracht, welche Unsummen aus den einzelnen Versicherungsweigen von den Nationalsozialisten für die Kriegszwecke aufgewendet wurden.
Am dritten Verhandlungstag sprach der Genosse Helmut Schneider zum Thema: „Jugendfragen“. Als würdigen Abschluß sprach Genosse Hennig, Oberbürgermeister von Freital, über Kulturpolitik. Sein Referat soll in Buchform erscheinen. Mit dem Referat Hennigs nahm der Parteitag sein Ende. Immer wieder hörte man Äußerungen, wie: „Schade, wir hätten noch mehr gehört“, und damit wird wohl zum Ausdruck gebracht, mit welchem aufnahmebereiten Herzen und Sinnen die Delegierten des Parteitages dabei waren.

Hand wegen sie sich nicht mehr heran. Der Helmtrückliche ist immer ein Feigling. So gehen sie an die Jugend, wie folgende Meldung des Moskauer Senders aus Neuyork besagt:

„Wie der Berliner Korrespondent der Agentur Associated Press mitteilt, haben die Organe des alliierten Aufklärungsdepartements festgestellt, daß die Hilfen der Währungsgruppen versuchen, die heimische und müßige deutsche Jugend zu ihrer Unternehmbarkeit heranzuziehen. Hierbei ist es gelungen, nur wenigen dieser Anstifter festzunehmen, weil die Gestapo politisch in der Wildheit sehr beschlagen sind. Die Ermittlungsbeamten teilen mit, daß die Hilfen bei ihren Geheimversammlungen den Hitler in den Himmel heben und von der kommenden Wiedergeburt der Macht Deutschlands reden.“

Kürzlich gestanden zwanzig jugendliche Deutsche in Bremen, eine Abrechnung mit umgestedelten Polen vorbereiten zu haben. Hier und da ist Westdeutschland tragen die Deutschen noch immer Armbänder mit Hitler-Symbolen. Die Ermittlungsbeamten weisen darauf hin, daß man jetzt noch nicht feststellen könne, wie weit die Vaterland-Organisationen zu faschistischen Jugend sich entwickelt haben.“

Diese Meldung erhärtet unsere Erkenntnis, daß der Nazist immer ein Verbrecher bleibt. Das ist eben der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuehend Böses muß gebären. Wird es breizlich, geht das Gelichter in Deckung, ist die Luft wieder rein, geht es in die Wühlgruppen, die schwer zu fassen sind. Gehen wir daher zu schärferer Gegenwehr über, packen wir ihre Sippe dort, wo wir sie in Händen haben, derben wir die Meldung aus dem Westen ist ein Alarmruf. Zeigen wir doch einmal deutlich, daß wir in Kriegsnacht und Faschismus, im Todeslager und bei Verfolgungen härter geworden sind, als Heinrich Heine die Deutschen verspottet hat. „Dar Deutsche wird immer gemüthlich bleiben, sogar im terroristischen Treiben.“

Wir wissen zum Beispiel, die Nazis sind eigenartig. Sie haben große Wohnungen mit Möbel in Überflut. Unten im Keller aber wohnt ein tapferer Krieger. Nackt und bloß, als Tisch nur eine Kiste und dito Stühle. Er ist ausgebombt und noch unben in die Wohnung ziehen. Da rühren ihn die Tränen des Faschisten und er fühlt sich wieder wohler im Keller.

Ja, aber was soll denn das bedeuten? Vergißt er denn, daß die Schuldigen bestraft werden müssen? Das sind die Hieschalen der Weimarer Republik, die ihm noch anzuhängen. Dort benutzen die Verbrecher unsere zarften Rückichtnahme, um uns schließlic aufzuhängen. Soll es erst wieder kommen? Stellen wir uns einmal das Bild so vor: Der Vater in der schönen Wohnung, der Sohn in der Terrorgruppe im Westen und der Demokrat und Kämpfer schläft im Keller. Das ist doch unerträglich.

Todesurteil in Pilsen

(SNB). Das Volksgericht in Pilsen verurteilte den früheren Hauptmann der tschechoslowakischen Armee, Ottokar Siebert, zum Tode.

Der Angeklagte hatte faschistische Propaganda betrieben. Das Urteil wurde vollstreckt.

Japans neues Kabinett

London (SNB). Wie der Tokio-Korrespondent der Agentur Reuters mitteilt, bildete der japanische Premierminister Shidebara ein neues Kabinett.

Was ist denn schon ein Blatt Papier? Der Wind treibt's fort und es vermodert irgendwo im Stau — doch kommt von lieber Hand geschrieben, und bringt's nur Grüße deiner Lieben, dann schaust dies Blatt du anders an. Dann ist vielleicht dein Tollmann dies Blatt Papier —

Otto Schiltan, KZ-Lager Sachsenhausen

Der geistige Mensch

Gespräch in einer Udrunde

Von Werner Scheerer

Die Hausfrau schaltet das Licht ein und läßt die Läden herüber. Draußen geht mit Regenschauern ein trüber Herbsttag zu Ende. Wir genießen im kleinen Kreise die Behaglichkeit des Raumes.

Rings um uns ist die Atmosphäre gepflegter Wohllichkeit. Nichts erinnert an die Verwüstungen des Krieges.

Die Bildnisse von Goethe und Dante hängen noch genau so unverseht wie früher an ihrem Platz, und auch der Kople der Rembrandtschen „Nachtwache“ im Lesewinkel ist ebenso wenig etwas Gesehen, wie der erste Bärensammlung, die die eine Seite des Raumes völlig einnimmt.

In diesem Zimmer saßen wir zuweilen in den vergangenen Jahren und führten vertraute Gespräche. Der besondere Charakter dieser Gespräche ließ es nicht, daß an Sommer-tagen etwa die Fenster offen bleiben konnten. In jener Zeit herrschte bei allen Ausdrücken völlige Einmütigkeit unter uns, obwohl der kleine Kreis durchaus verschiedenen Herkommens war.

Damals gab es nur eine Auffassung: die leidenschaftliche Ablehnung der nationalsozialistischen Gewalt,

Saalkreis und Groß-Halle-Pläne

Eine Stellungnahme des Landrats

Halle, den 12. Oktober

In unserer Ausgabe vom 1. Oktober veröffentlichten wir den in der letzten Stadverordnetenversammlung gefaßten Beschluß betr. die Einmündelung aller im Halle herumlagernden Randgemeinden. Es handelt sich hier um einen alten, aber bisher nicht verwirklichten Plan. Braucherweise hätten nunmehr die Stadtverordneten einstimmig die Notwendigkeit einer Erweiterung der hallischen Gemarkungsgrenzen bejaht. Nur aus Erwägungen verwaltungstechnischer Art sei eine Verständigung dahin erzielt worden, daß zunächst die Eingemeindung auf die Ortschaften Ammendorf, Wörnitz-Eißberg, Passendorf, Nienleben, Döln, Diemitz, Büschdorf und Reideburg eingeschränkt sei. Den jetzigen Plänen müsse aber auch eine öffentliche Diskussion in den in Frage kommenden Gemeinden vorausgehen, um alles Für und Wider eingehend zu erörtern. Es stand für zu erwarten, daß die Saalkreisverwaltung über diese Eingemeindungspläne nicht besonders erfreut sein und ihre gegenentgegliche Auffassung kundtun würde. Das geschieht denn auch in der folgenden Stellungnahme des Landrats Wollmann:

„Als Vertreter der überwiegend betroffenen Gemeinden halte ich mich von dieser Erwägung aus nicht nur für berechtigt, sondern auch für verpflichtet, Stellung zu nehmen in Hinsicht auf Erörterungen und Bestrebungen kann dabei, das wird von keiner Seite in Zweifel gezogen werden, nur das Wohl und Interesse der Allgemeinheit bilden dürfen, d. h. es müssen die Belange der in dem vorumstrittenen Raum lebenden Bevölkerung in Betracht gezogen werden, nicht aber der dem Blickpunkt einseitig die Stadt Halle als die schaffende Großraumgemeinde abgeben. Wird dies zugestanden, so sind schon folgende kurze Zahlenangaben von richtunggebender Aufschluß für alle weiteren Erörterungen. Hinsichtlich der zunächst nur einzugemeindenden Ortschaften mit einer Gesamtfläche von 5262 ha machen 10,92 Prozent der Fläche des Saalkreises mit 480.000,364 ha aus. Auf diesem eingemeindenden Grund und Boden lebten aber am 7. Mai 1939 36.592, d. h. 37,10 Prozent der 98.633 in der Saalkreisverwaltung lebenden Bevölkerung des Saalkreises, und 39 Prozent der Saalkreisbevölkerung mit 100.653 Einwohnern nach dem Stande vom 1. April 1944. Bei Ausscheiden dieser Gemeinden aus dem Saalkreis würde sich die Bevölkerung im Saalkreis um 36,5 Prozent von 58,69 Prozent des Gesamtvolkums an diesen Steuern im Saalkreis verloren gehen. Fast der gleiche Verlust, nämlich 58,60 Prozent, ergibt sich aus den Mehrbeträgen der Gewerbesteuer.“

Diese wenigen Zahlen sollten zu größerer Vorsicht mahnen, denn sie erweisen unwiderleglich, daß bei Durchführung des in Rede stehenden Vorhabens der Saalkreis überhaupt nicht mehr lebensfähig wäre, jedenfalls aber wirtschaftspolitisch seine Aufrechterhaltung kaum noch vertretbar sein würde, denn diese Ausgliederung aus dem Saalkreis und Eingliederung in den Stadtkreis Halle würde einen völligen Strukturwandel des ersten bedeuten. Die wesentlichen Industriebetriebe des Saalkreises haben ihren Sitz in den zunächst einzugemeindenden Ortschaften, würden also restlos aus dem Saalkreis ausschließen. Hinsichtlich des Rückgrats der Finanzen des Kreises gebrochen. Aber auch die zweite, dem Saalkreis den Charakter und das Gepräge aufdrückende Betriebsart, die landwirtschaftlichen Produktionsbetriebe, würden mit ihrer Standortgebundenheit in ihren bestmöglichen Teilen in den Großstadtraum überführt werden. Denn

dieser, die Grundlage jeder Lebensführung bildende Wirtschaftswesen, ist nicht wie eine Straße oder Fabrik oder gar ein ganzer Industriezweig verlegbar. So intensiver und hochprodukt treibender Feld- und Gartenbau ist nur auf bester Boden bei klimatisch günstigen Verhältnissen möglich.“

Beide Vorstratungen sind in dem Raume östlich von Halle, der zu dem landwirtschaftlich hochwertigsten Boden des ganzen Deutschen Reiches gehört, gegeben. Die neueste auf Grund der Reichsbodenschätzung vorgenommene Bewertung der Ackerpläne in Reideburg erreichte die Richtzahl 100, also die höchste Qualitätsgrenze der in Deutschland vorhandenen Böden; und selbst noch die Böden in der Nähe der Grube „Alwine“ auf der südlichsten Feldflur von Büschdorf sind mit 80—90 Punkten bei der schon erwähnten Richtzahl von 100 bonitiert worden.“

Dieser ganze Gürtel östlich von Halle ist der Gemeindegrenze Deutschlands gegenüber schon seit Jahrhunderten ein Chronik des Saalkreises von Dreyhaupt aus dem Jahre 1750 heißt: „es sind dies die Küchendorfer Halles“. Seit Jahrhunderten hat hier nicht die menschliche Kunst, sondern die Natur, das Göttergötter und Schwesinnen mit warmem Sand unterlage im milden hallischen Becken geschaffen. Es handelt sich hier um das Gebiet zwischen dem jetzt noch unbebauten Teil von Büschdorf, Dölnau, Reideburg, Stüchdorf, Peißen, Berliner Chaussee, Übergang bei Kabatz und Diemitz. Wo hier die Niederschlagsmengen nicht ausreichen, um aus diesem typigen Boden die höchsten Erträge emporsprengen zu lassen, sind mit ungewöhnlichem Kostenaufwand Regenwasseranlagen geschaffen worden, mit deren Hilfe hohe und höchste Erträge an Getreide, Obst und Zuckerrüben erzielt werden.“

Das alles für die Volksernährung schlecht hin unersetzliche Land der Großstadt als Baugrund zum Opfer fallen soll, ist nicht vertretbar, am wenigsten aber bei der derzeitigen Ernährungs- und Lage Deutschlands, die auch für Jahrzehnte sich unverändert erhalten werden dürfte. Die Eingemeindung ist aber auch nicht notwendig, denn die Stadt Halle hat durch

eine schon seit Jahrzehnten betriebene umfangreiche Bodenaufbereitungs- und Düngungspolitik rings um Halle herum so bedeutende Flächen in ihr Eigentum überführt, daß auch ohne weitere Maßnahmen ihre Siedlungs- und Wohnbaubestrebungen auf eigenen Boden verwirklicht werden könnten. Hierzu stehen jetzt im Stadtgebiet gelegene landwirtschaftlich genutzte Flächen in Größe von 700 ha zur Verfügung. Sind diese aufgearbeitet, so hat die Stadt wie eben schon bemerkt, so viel in ihrem Eigentum stehendes, wenn auch außerhalb der Gemarkungsgrenzen liegendes Gelände, daß damit der Bedarf der Industrie und der Wohnungsbauherren für unbestimmte Zeit befriedigt werden kann.“

Sowohl hinsichtlich der in städtischen politischen Hinsicht von den umliegenden Randgemeinden Schwierigkeiten bereitete werden sollten, könnte diese auf dem einfachen Wege der Bildung eines Zweckverbandes begegnet werden, wobei nur auf ähnliche Rechtsgebilde verwiesen werden müssen, sind mit diesen Rechtsgehaltungen alle Schwierigkeiten überwinden und eine zum Nutzen der Allgemeinheit sich auswirkende Entwicklung erzielt werden. Auf diesem Wege kann den Bestrebungen der Stadt Halle, wie den Wünschen der Bürger zu entsprechen, der unliegenden Randgemeinden, vollauf Rechnung getragen werden. Glaubt die Stadt aber, von ihren in Rede stehenden Plänen nicht lassen zu können, so müssen diese jedenfalls bei nach Durchführung der Bodenreform und bis nach Wiedererrichtung einer Stabilisierung der Ernährungslage zurückgestellt werden. Diese beiden vordringlichsten und lebensentscheidenden Probleme verlangen den Vorrang vor allen anderen Zukunftsaufgaben.“

Abgesehen hiervon muß das Vorhaben der Stadt Halle in der bisher zur Erörterung stehenden Form für den Saalkreis als untragbar bezeichnet werden. Seine Verwirklichung würde schlechthin finanziell dem Totensurteil für den jetzt auf völlig geringen Finanzbasis ruhenden Saalkreis gleichkommen. Ein Herauserschneiden wertvoller Teile aus dem Kreise würde für diesen überhaupt nur im Wege des Ausgleichs denkbar sein, d. h. wenn dem Verlust ein entsprechender Gewinn gegenüberstünde. Das würde praktisch aber nur bei einer Neugestaltung des ganzen Gefüges der Provinz Sachsen verwirklicht werden können. Die Lösung dieses Problem ist aber jetzt die Zeit noch nicht gekommen. Wollmann.

BLICK IN DIE WELT

8. Sitzung des Kontrollrates

Am 10. Oktober fand in Berlin die 8. Sitzung des Kontrollrates unter dem Vorsitz General Königs statt. Armeeoberst Sokolowski, General Eisenhower und General Robertson waren anwesend. Die Verhandlungen wurden durch den Vorsitzenden der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien.

Der Kontrollrat nahm ein Gesetz über die Verwicklung und die Liquidierung der nazistischen Organisationen in Deutschland an. In diesem Gesetz wird die Gesamtheit der Maßnahmen, die in diesem Gebiet bereits getroffen wurden, wiedergegeben.

Das Gesetz wird am 12. Oktober veröffentlicht werden.

Wahlergebnisse in Norwegen

Mehrheit der Linksparteien
Stockholm (SNB). Wie der Stockholmer Rundfunk meldet, erhielten im Herbst der Parlamentswahlen in Norwegen die Linksparteien eine Mehrheit von 81 Sitzen gegenüber 69 Sitzen der Rechtsparteien.

Nach den letzten Angaben verteilten sich die Sitze zwischen den einzelnen Parteien wie folgt in Klammern die Anzahl der Sitze angegeben, die dieselben Parteien be-

den Wahlen im Jahre 1939 erhielten): die Arbeiterpartei (Socialdem) 79 (70), die Kommunistische Partei 8 (0), die Rechtspartei 28 (35), die Partei Westen 20 (23), die Bauernpartei 12 (18), die Christliche Volkspartei 9 (2) Sitze.

Gewerkschafts-Studien-Delegation

Paris (SNB). Wie France Press meldet, wird sich eine Delegation von Gewerkschaftsführern von Paris nach Berlin begeben. Unter den Teilnehmern befinden sich Sir Walter Gilman (Großbritannien), Kuznetsov (Sowjetunion), Hillman (Vereinigte Staaten), Jouhaux (Frankreich) und Tolédano als Vertreter der lateinamerikanischen Staaten. Die Delegation wird die soziale und wirtschaftliche Lage in Deutschland studieren.

Level zum Tode verurteilt

Paris (SNB). Wie die Agentur: France Press meldet, wurde Level zum Tode verurteilt.

Es hat diesem Hochverräter und Wegbereiter Hitlers in Frankreich nichts genützt, das Verfahren in die Länge zu ziehen, um noch immer mehr Schuld auf Pétain abschreiben zu können. Er war der Schuldige, er, Level, der Politiker. So kann das Urteil nur Befriedigung einbringen. Die Franzosen werden vor der Vollstreckung nicht zurückschrecken.

„Wer nun mal in der Wissenschaft seine Aufgabe sieht, hat wenig Neigung für die politische Tagesarbeit.“

„Und so führt ihn seine wissenschaftliche Arbeit auf den Weg der Einsamkeit und damit zur Verkenntung aller politischen Nützlichkeiten. Aus dem Spezialintellektuellen allein ist die politische Tragödie der Intellektuellen entstanden.“

„Wollen Sie etwa die große Leistung des Forschers und Gelehrten nicht gelten lassen?“

„Natürlich soll sie gelten und angestrebt werden, aber nicht als Ausfluß einer sterilen politischen Grundhaltung. Auch der Intellektuelle hat mitten im Volk zu stehen, und es gibt einfach keinen Unterschied in der Notwendigkeit der politischen Betätigung der einzelnen Schichten. Nicht einmal in der Richtung. Heute erst recht nicht, wo es darauf ankommt, alle Kräfte zusammenzuschließen, um das deutsche Volk zu retten.“

„Sie anerkennen keine Differenzierung?“

„Es ist nur ein Unterschied der Leistung gegeben. Das größere Können muß zur größeren Leistung verpflichtet sein. Es kann aber niemand sagen, er besitze keine Organe, kein Erfahrung und keine innerliche Berufung zur Politik. Was wir brauchen, ist eine Umformung des Geistes zu politischen Bereitschaft, Lob und Sterben des deutschen Volkes gehen davon ab, in welchem Maße es gelingt, die gesamte Substanz des Volkes aktiv zu gestalten. Daß dabei dem geistigen Menschen eine besondere Aufgabe zufällt, ist deutlich erkennbar. Nur muß er sie auch bewußt und mit Freuden übernehmen.“

Draußen rauscht der Regen gegen die Läden. Der Studentat blickt verkommen vor sich hin.

„Ich glaube, Sie haben recht.“ sagt die Hausfrau leise, „und habe ich nicht sogar eine doppelte Verpflichtung zur Mitarbeit, nachdem mir mein schönes Heim erhalten geblieben ist?“

die Anklage aller furchtbaren Geschehnisse, die das deutsche Volk quälten. Dieser Kreis war wohlunterrichtet und fand ständig neuen Stoff zur Erhärtung seines Standpunktes.

Heute ergibt sich indessen, daß der Weg zur Verneinung jener nun überwundenen Herrschaftsform nicht für alle immer leicht zu finden ist zur bewußten Bejahung und zur Mitarbeit an einer neuen Form, die vorerst noch gärend um Gestaltung ringt.

Die Hausfrau setzt eine Tasse heissere vor meinen Nachbarn. „Sagen Sie, Herr Doktor, erscheint Ihnen die aktive Beteiligung an dem heutigen Geschehen nicht etwas abwegig?“

Der Gefragte ist ein Studientat in den besten Jahren. Er besitzt keine politischen Scheuklappen und ist in der vergangenen Zeit eine ausgezeichnete antifaschistische Haltung bewiesen. Trotzdem sagt er zögernd:

„Ja, die direkte Mitarbeit liegt mir eigentlich nicht. Ich habe dafür zu wenig Erfahrung, und außerdem glaube ich auch, daß der intellektuelle Mensch diesen mehr praktischen Dingen im allgemeinen etwas fernsteht.“

„Sie meinen also, daß man die Neugestaltung im wesentlichen den besonders dazu Berufenen überlassen sollte.“ werfe ich in die Debatte.

„Allerdings, wenn Sie darunter die Organisation der werktätigen Bevölkerung beziehungsweise deren Führung verstehen, die sich auf gründliche Schulung und Erfahrungen stützen kann.“

„Und warum glauben Sie, daß für Sie in diesen Organisationen kein Raum und keine Betätigungsmöglichkeit gegeben sein sollte?“

Der Studientat streicht nachdenklich über sein Haar. „Sehen Sie, für einen Mann der Werkbank ist die Sache verhältnismäßig einfach. Er wird durch seine Umwelt schon mitten hineingestellt in die wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen. Sie fördern ihn geradezu zur Stellungnahme heraus.“

Für mich, der ich Alphilologe bin, liegen die Dinge anders. Ich habe mich nicht für die Sache wissen, zu der Neugestaltung, aber ich tue es gewissermaßen von der geistigen Schauer. Ich bejahe den neuen Anfang, ohne daß ich jedoch jene innerliche Aktivität besitze, die dazu gehört, wenn man in den Organisationen tätig sein will. Mir fehlen sozusagen die Organe dazu.“

„Nicht wahr,“ sekundiert die Hausfrau, „so sehr wir auch diesen Wandel von Herzen beglückwünschen haben, für uns ist jetzt keine rechte Möglichkeit, nach Kräften mitzutun.“

Es gibt einen Meinungsstreit, da keineswegs alle diese Auffassung vertreten. Ein Ingenieur bekennt sich zur politischen Aktivität, während ein Architekt dem Studientat recht geben möchte, wenn auch aus eigenen Überlegungen. Ich habe den Eindruck, daß die Mehrheit einen Unterschied sieht zwischen der politischen Unwirksamkeit eines Werkstätigen und der eines Menschen der geistigen Berufe, weshalb ich mich einschalte:

„Es ist die Tragödie der Intellektuellen, daß sie in der Republik von Weimar beiseitegestanden und daß sie auch zwischen 1933 und 1945 politisch versagt haben.“

„Sind nicht die Intellektuellen nach 1933 fortwährend verächtlich um manche von ihnen auch dramatisiert und verfolgt worden?“ werde ich sofort unterbrochen.

Richtig, aber gerade diese Verhöhnung sollte besänftigen und hat es auch erreicht, daß die Mehrheit um so williger zum Werkzeuge der Gewalt wurde. Der geistige Mensch verriet seine Mission, als er wieder bessere Erkenntnis zum Lehrtat zur Verbreitung falscher Lehren mißbrauchte. Aber sollen heute die Männer, die ihrem Gewissen keine Gewalt antaten, wieder absichts stehen, weil sie sich als geistige Menschen für die politische Arbeit nicht geeignet halten?“

Handwerk vor neuen Aufgaben

Der Anteil der Kleinbetriebe am Aufbau der Friedensproduktion

(Bilg. Bericht), Halle, den 12. Oktober.

Des Handwerks Bedeutung, Kraft und Anteil an der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Gesamtleistung des Volkes wird nicht immer richtig erkannt, weil es nicht mit vielen Schichten und Mannungsbildern in Erscheinung tritt, sondern in großen Massenlagerungen von Einzelvirtschaften und Persönlichkeiten alle Teile des Volkes und der Wirtschaft durchdringt. Die folgenden Ausführungen behandeln deshalb die volkswirtschaftliche bedeutsame Stellung des Handwerks beim Neuaufbau unseres Lebens.

Was versteht man unter Handwerk?

Mit Handwerk bezeichnet man einen besonderen Beruf, für den eine mehrjährige Ausbildung erforderlich ist. Man versteht weiterhin darunter einen bestimmten wirtschaftlichen Organismus und sieht damit das Handwerk als besondere Betriebsform an. Schließlich spricht man von dem Berufsstand des Handwerks. Das Handwerk, wie es durch die Jahrhunderte gewachsen ist und sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat, ist also ein Beruf, eine Betriebsform und ein Berufsstand zugleich.

Das Wort Beruf weist auf die Notwendigkeit einer guten Fachausbildung hin und die damit zusammenhängenden Fragen wie Art und Umfang der Lehrtätigkeit, Gesellenstück, Meisterprüfung, Entlohnung in der Handwerksrolle, großer Befähigungsnachweis usw. Besonders stolz ist das Handwerk auf die Einführung des großen Befähigungsnachweises, der die Errichtung und den Betrieb eines handwerklichen Unternehmens hinsichtlich der Meisterprüfung abhängig macht. Er dient der Hochhaltung des Berufes und bietet dem Verbraucher die Gewähr, daß er aus einer handwerklichen Werkstatt ein hochwertiges, seinem persönlichen Geschmack angepaßtes Gebrauchsgut erhält.

Die Bezeichnung Handwerk als Betriebsform kennzeichnet die produktions-technische Seite der handwerklichen Unternehmung. Das Wesen der handwerklichen Betriebsform liegt darin begründet, daß im Handwerksbetrieb die persönliche Arbeit und das Kapital die ausschlaggebende Rolle spielen. Hier liegt die Stärke des Handwerks, denn das Handwerk hat es immer verstanden, sich auf der einen Seite der fortschreitenden Entwicklung der Technik anzupassen, ohne auf der anderen Seite seine durch Jahrhunderte geformte Eigenart aufzugeben.

Bedeutung der Kleinbetriebe

Im Handwerk herrscht der Klein- und Mittelbetrieb vor. Diese Tatsache ist in wirtschaftlicher Beziehung gerade in einer Zeit, in der die Industrie weitestgehend zerschlagen worden ist, von außerordentlicher Tragweite. Gerade das kapitalarme Handwerksbetriebe wird der Wirtschaftskrise besser widerstehen als der Großbetrieb. Darüber hinaus wird das Handwerk Aufgaben übernehmen müssen, die bisher nur der Industrie zukamen. Es wird sich weit mehr als bisher neben der Reparatur der Herstellung von Gütern des täglichen Bedarfs widmen müssen und wird darüber hinaus durch hochwertige Erzeugnisse dafür sorgen müssen, daß das deutsche Volk wieder exportieren kann, um die für seine Existenz benötigten Rohstoffe und Lebensmittel einführen zu können. Die handwerkliche Betriebsform ist aber auch in sozialer Hinsicht von Bedeutung.

Die berufliche Gleichstellung, die Gleichheit des Denkens und das gleiche Empfinden für die Werte der Tradition schwelgt die im Handwerk Arbeitenden zu einer soziologischen Gruppe, zum Berufsstand des Handwerks, zusammen. Zu ihm gehören die Meister, Gesellen und Lehrlinge, die technischen und kaufmännischen Hilfskräfte des Handwerks, einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen, wie überhaupt alle Kräfte, die in der Handwerkswirtschaft tätig sind.

Lebensgrundlage für Millionen

Wenn man auf die wirtschaftliche Tätigkeit des Handwerks im einzelnen eingeht, so sind einige Zahlenhinweise angebracht. Im Altreich umfaßt das Handwerk etwa 1,650 Millionen Handwerksbetriebe mit 2 Millionen Gesellen und Arbeitern, 368 000 Lehrlingen und 100 000 Angestellten. Unter Einschluss von etwa 200 000 im Betrieb mithelfender Familienangehörigen beschäftigte das deutsche Handwerk rund 4,5 Millionen Menschen. Einschließlich aller Familienangehörigen lebten im Altreich rund 8 Millionen Deutsche von der Handwerkswirtschaft. Rechnet man die Industriehandwerker noch hinzu, so hat eine handwerkliche Vorbildung heute haben und die später zur Industrie abgewandert sind, so sind es etwa 12 Millionen Menschen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Vergleich der Beschäftigtenzahlen einzelner Industriezweige mit denen einzelner handwerklicher Gruppen.

So entsprachen vor 1933 das Bäckereihandwerk dem Bergbau, das Bauhandwerk der Industrie der Steine und Erden, das Schneiderhandwerk der Maschinenindustrie, das Schuhmacherhandwerk der chemischen Industrie, das Eisenhandwerk der Papierindustrie, das Tischlerhandwerk der Elektroindustrie, das Fleischerhandwerk der Eisen- und Stahlindustrie und der optischen Industrie zusammen, das Schornsteinfegerhandwerk der Filmindustrie.

In diesem Zusammenhang seien einige Zahlen aus der Provinz Sachsen mitgeteilt. Im Kammerbezirk Halle (S.) haben wir rund 32 000 handwerkliche Betriebe mit rund 102 000 Beschäftigten, im Bezirk Magdeburg ebenfalls 32 000 Betriebe mit rund 80 000 Beschäftigten, im föderalistischen Land Anhalt 8000 Betriebe



Büstenbinder bei der Arbeit

mit etwa 27 000 Beschäftigten. In der Gesamtprovinz also rund 72 000 Betriebe mit etwa 210 000 Beschäftigten.

Brücke zur Friedenswirtschaft

Wenn die Versorgung der Bevölkerung auf den lebenswichtigen Gebieten bisher keine wesentliche Unterbrechung erfahren hat, so ist dies nicht zuletzt der unermüdeten Arbeit des Handwerks zu verdanken. Da ist zunächst einmal neben der immer als selbstverständlich angesehenen, aber in der Übergangszeit auch mit großen Schwierigkeiten verbundenen Arbeit des Nahrungsmittelhandwerks das große Gebiet der Kriegsschädenbeseitigung im weitesten Sinne des Wortes hervorzuheben.

Die Maurer, Zimmerer, Glaser, Dachdecker, Elektroinstallateure, Klempner, kurzum alle Bauberufe, die schon während des Krieges ihre vornehmste Aufgabe darin sahen, der Bevölkerung die durch die Kriegsergebnisse zerstörten oder beschädigten Wohnungen wieder instand zu setzen, sind nunmehr dabei, die Lücken, die der Krieg in das Städtebild gerissen hat, so schnell wie möglich zu beseitigen. Doch auch die anderen vielen Handwerkszweige, die während des Krieges für den reinen Kriegsbetrieb arbeiten mußten, sind unverzüglich dazu über-

Initiatoren der Produktion

Gen. Schuchardt über die Aufgaben des FDGS

(Bilg. Bericht) — hg. — Quedlinburg, den 12. Okt.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund führt in diesen Tagen in fast allen bedeutenderen Orten des Harzgebietes Versammlungen durch, in deren Rahmen Schulungsleiter Schuchardt, Quedlinburg, das Hauptreferat „Aufbau und Aufgaben der Gewerkschaften“ abhält.

Walla von den schon auf der Mitte September in den politischen Kämpfen der Arbeiterklasse und unterstützt von allen aufbauwilligen Kräften sachfahndigen bekanntgegebenen neuen Richtlinien ausgehend, bezeichnet Gen. Schuchardt als unsere Hauptaufgabe den Aufbau eines neuen demokratischen und antifaschistischen Deutschlands in gemeinsamer Arbeit mit den antifaschistischen Parteien. Im Gegensatz zur nur politischen Demokratie vor 1933 wird diese diesmal mit der Demokratisierung der Wirtschaft begonnen, mit der die politische Demokratie gleichen Schritt halten müsse.

Es wird künftig nur noch eine Gewerkschaftsbewegung geben, die, garantiert durch die Berliner Beschlüsse, im gesamten sowjetrussischen Besetzungsgebiet durchgeführt wird. 17 Industrieorganisationen auf der Grundlage der Betriebsorganisation werden unter zentraler Führung die Interessen der werktätigen Bevölkerung wahrnehmen mit dem Leitgedanken: Für einen Betrieb nur einen Verband! Das demokratische Mitbestimmungsrecht der Mitglieder wird hierbei gewahrt werden. Die Wehl der Organe der Freien Gewerkschaften geht nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus vor sich. Sie sorgen für eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung, die in Verbindung mit

Daneben ist ihre vorrangigste Aufgabe die Inangbringung des Verkehrswezens, die allein die Heranschaffung der erforderlichen Rohstoffe und damit den Aufbau einer leistungsreichen Friedensindustrie ermöglicht, womit erst die großzügige Reform unserer Wirtschaft eingeleitet werden kann.

Brücken ...

Das ist symbolisch für das Nazi-Regime, daß die letzte Handlung, die man von ihm sah, ein grandioses Zerstörungswerk war: die Brücken zerstören im ganzen Reich.

Jeder Sehende war von der Sinnlosigkeit dieser Verwüstungstätigkeit überaus, aber es geschah!

Denken wir einmal zurück: Mit „Auflösen“, „Zerlegen“ lag die nationalsozialistische Aera an. Man nannte es „eingliedern“, „gleichschalten“. In Wirklichkeit brach schon damals Brücke um Brücke. Und auf diesen Trümmern errichtete man die sogenannte Volksgemeinschaft, die in ihrer Katerstimmung von Jahr zu Jahr zunahm, daß zum Schluß allein die Knochen, das Stahndraht, sie zu bändigen vermochten. Die zerstörerisch nagenden Kräfte des Nationalsozialismus griffen hinein in die Familien: Brüder trennte sich von Bruder, die Kinder vom Vater, in das religiöse Leben des einzelnen ward man die Brandlacker. So brachen Brücken rundum: vom ich zum Du, vom Volk zum Volk, vom Staat zur Kulturgemeinschaft der Völker. Der Weg, den dieser Zerstörungsweg einnahm, wurde, wie bereits schon in den ersten Jahren grell auf. Wir standen plötzlich allein, umgeben von einer Welt voll selbstverdientem Hohn und Haß, von der eigenen „Führung“ in Fesseln geschlagen und stumm gemacht, schon zu Beginn des Krieges ein Leichenschein nach innen und außen. Und die Tapieren, die den Mut zu einem letzten Brückenschlagen, zu einer Verständigung mit den anderen Völkern fanden, als wir bereits dem Abgrund unauflöslich entgegengingen. Möge man am 20. Juli 1944 den Gelogen.

Soll man jetzt lieber darüber schweigen? Nein! Wir müssen uns immer wieder noch dem Trümmerteil hinter uns umwenden und deutlich zu erkennen, was uns fehlt! Brücken brauchen wir, viele Brücken! Uns wieder vom „Ich“ zum „Wir“ hindern zu gelangen, müssen wir aufbauen mit dem durch die Notzeit läppig wuchernden Egoismus. Von innen heraus, mit den kleinen Brücken wollen wir stehewillig anfangen zu bauen, denn spannen wir auch die Bögen weiter und weiter und werden es erleben, daß man uns am anderen Ufer der Völker wieder mit Achtung entgegenkommt. H. S.

Den Opfern des Faschismus

Festreden

in der Landesversicherungsanstalt

(Bilg. Bericht) Merseburg, den 12. Oktober.

Der 18. Oktober vereinte die Angehörigen der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt und der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft der Provinz Sachsen zu einer ersten Festrede zum Gedächtnis der Opfer des Faschismus.

Nach dem 2. Satz aus dem Streichquartett „Der Tod und das Mädchen“ von Franz Schubert, nach Frau Schaeffer (Berlin) das Wort zu sagen können, in ihrer schließlich besonders sprechenden Ansprache. Sie erzählte von ihrem Schicksal und von vieler anderer deutscher und ausländischer Frauen in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, von der seelischen Not dieser Menschen, die manchmal mehr als zwei Jahre ins Todesurteil mit sich herumschleppten, jeden Tag der Vollstreckung gewärtig.

Anschließend griff Genosse Batmann das Wort. Er gedachte in diesem Zusammenhang auch der sowjetischen Helden, die Wort zu sagen können, in ihrer schließlich besonders sprechenden Ansprache. Sie erzählte von ihrem Schicksal und von vieler anderer deutscher und ausländischer Frauen in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, von der seelischen Not dieser Menschen, die manchmal mehr als zwei Jahre ins Todesurteil mit sich herumschleppten, jeden Tag der Vollstreckung gewärtig.

Der Vorsitzende des Betriebsrates, Genosse Teeger, erteilte dann dem Leiter der Landesversicherung, Landesrat Dr. Hoernigk, das Wort. Dr. Hoernigk führte unter anderem aus, daß die Opfer des Faschismus, zu denen ja nicht unwesentlich auch die jugendliche Jugend gehört, in uns die Verpflichtung wachrufen sollte, immer daran zu denken, wie furchtbar es geworden ist durch ein Regime, das die Gewaltherrschaft und die Rechtslosigkeit zum Prinzip erhoben hat. Wir müssen alles daransetzen, daß sich diese Dinge nicht wiederholen. Insofern müssen wir täglich und stündlich gegen jede Art dieses faschistischen Gebrauchs, daß uns heute noch auf Schritt und Tritt verfolgt, ankämpft, wir mit uns dessen bewußt sind und dafür einsetzen, daß wieder wirklich demokratische Grundzüge, demokratische Rechtsverhältnisse in unserer Zeit Platz greifen, dann haben wir auch den richtigen Standpunkt gegenüber den Opfern des Faschismus.

Beginn der Zuckerrübenkampagne

(SNB) Halle, 11. Oktober.

Die Provinz Sachsen ist als sehr wichtiges Gebiet der Zuckerverzehrung. In diesen Tagen beginnt die Zuckerrübenkampagne, von deren guter Durchführung nicht nur die Versorgung der Provinz Sachsen, sondern des ganzen Gebietes der sowjetischen Besatzungszone abhängt. Reibstoffs- und restlose Einbringung und Verarbeitung der Ernte wird die Hauptaufgabe der nächsten Wochen sein. Sie ist um so wichtiger, als gleich geplant ist, überschüssigen Zucker gegenbringend benötigte Rohstoffe und Industrieerzeugnisse der deutschen Westgebiete zu liefern.

Priorität. Auch in unserem Amtsbezirk haben viele den Weg zur Sozialdemokratischen Partei gefunden und vor einigen Wochen wurde der Ortsverein gegründet. In dem sie vier Ortschafften Priörar, Schierau, Möst und Niesau eingeschlossen sind. Der erste Vorsitzende ist Genosse Wallitz.

